

Landesverband Hessen-Thüringen:

Podologen Hessen sind sauer auf Sozialministerium

Kassel/Steinau. Der Berufsverband der Podologen in Hessen-Thüringen – **podo** deutschland - ist verärgert über das Hessische Sozialministerium. Dort hat man einen Erlass verfügt, der die Berufsgruppe der Podologen in Hessen schlechter als alle anderen Therapeuten stellt.

Therapeuten können eine sogenannte Sektorale Heilpraktikerlaubnis erhalten.

Damit können weitergebildete Therapeuten eigenständige Anamnesen vornehmen und die Behandlung von Patienten ohne Verordnung des Hausarztes vornehmen. Das bedeutet, Diagnose, Rezept und Therapie finden unter einem Dach statt. So spart der Patient sich den Weg zum Arzt, der Podologe kann mehr Zeit für die Befundung und Diagnose aufwenden. Dadurch ist zu erwarten, dass die Behandlung der Beschwerden effektiver erfolgt.

Das Sozialministerium hat in seinem Erlass die Erlaubnis allen anderen Therapeuten wie den Ergo-, Logopäden und den Physiotherapeuten erteilt, nicht aber den Podologen.

Diese Erlaubnis wurde den Podologen jedoch in allen anderen Bundesländern außer in Hessen und dem Saarland sowie einigen Teilen in Niedersachsen erteilt. Mit dieser solitären Regelung sind die hessischen Podologen nicht zufrieden.

Die 1. Vorsitzende des Landesverbandes Hessen-Thüringen und zugleich Präsidentin des Deutschen Verbandes für Podologie (ZFD) e.V., Martina Schmidt (Steinau), sieht in der vom Sozialministerium getroffenen Regelung eine Benachteiligung der Berufskollegen und eine Schlechterstellung der Patienten in Hessen. Sie betont: „Wir empfinden die hessische Regelung als fragwürdigen Willkürakt und als Affront gegen die Berufsgruppe der Podologen.“ Schmidt weist darauf hin, dass alle Therapeuten für die Zulassung als Sektoraler Heilpraktiker eine gleich lange Weiterbildung und Prüfung absolvieren müssen. „Diese offensichtliche Schlechterstellung der Podologen gegenüber den anderen therapeutischen Berufsgruppen in Hessen ist mit nichts zu rechtfertigen. Die Regelung muss das Sozialministerium dringend wieder einkassieren und für alle Therapeuten zum Wohle der Patienten gleich fassen,“ so Präsidentin Schmidt.

Der Verband hat alle demokratischen Fraktionen im Hessischen Landtag angeschrieben und um Stellungnahme zu dem Missstand gebeten. Alle der angeschriebenen Fraktionen haben fachlich fundiert geantwortet. Einzig die CDU-Fraktion hat gar nicht geantwortet. Die Landesvorsitzende Martina Schmidt ist darüber sehr verwundert und betont: „Wenn man als Verband selbst in Wahlkampfzeiten teilweise keine Resonanz auf seine Anliegen erfährt, hinterlässt das kein gutes Gefühl über den Stellenwert, den man in der hessischen Politik genießt.“